

Zentrumsanhänger!

Reichstagswahlen für den Herbst in Sicht!
Rüftet euch! Schließt euch in Ortsgruppen zusammen! Unterstützt und verbreitet eure Parteipresse, die Sächsische Volkszeitung!

vor dem Beginn der Parlamentsferien dem Hause zu unterbreiten:

Die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer.

Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, so ist der Zehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachungen muß auf andere Weise aufgebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zu legen, um diese Fehlbeträge zu decken. Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen. Eine solche Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schulden. Ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben für uns. Drei Wege gibt es: entweder Umwandlung in eine festverzinsten Anleihe oder Tilgung durch große Abgaben. Nur es durch die Erhebung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe, wobei ich mich keinem Zweifel ergebe, daß diese beiden Steuern zusammen nicht sofort den gesamten jährlichen Betrag von 72 Milliarden aufbringen werden. Die Pflicht der Besitzenden ist es, nicht nur sich dem sozialen Zwange zu fügen, sondern sich zur inneren Hebung der Volkswirtschaft der Wohlstandlichkeit der Einzelnen aller Reichthümer und alles Heberlaisses durchzuführen und durch Abkehr von Selbstsucht, Eigennutz und Vorurteil die Brücke zur sozialen Verständigung zu schlagen. Nur dieser Weg führt zur wahren Verbesserung und zur Wiederherstellung der inneren Einheit und Solidarität des Volkes, der unbedingten Voraussetzung für das Erheben eines neuen geläuterten und gehobenen Deutschlands. — Grundlegende Systemänderungen werden baldigt der Nationalversammlung unterbreitet. Diese Reformen werden die Vollendung des Gesamtwerkes darstellen. Eine Bitte habe ich, meine Damen und Herren, erledigen Sie alle Jöhnen zugegangenen und noch zugehenden Steuervorlagen vor den Ferien im Interesse des Reiches. (Großer Beifall.)

Nach der Rede Erzherners befolgt das Haus, daß von jeder Partei nur ein Redner je eine Stunde sprechen soll. Abg. Meißner (Zsp.): Die Rede ist ein dankenswerter Versuch, die beispiellos ungeheuerliche finanzpolitische Aufgabe zu meistern. Sie hat nur einen großen Fehler, sie ist zu spät gehalten worden. Dieser Vorwurf richtet sich aber nicht gegen den gegenwärtigen Finanzminister. Hunderte von Millionen sind in den fünf Monaten seit dem Inkrafttreten der Nationalversammlung dem steuerlichen Zugriff entzogen worden. Die Murränen der letzten Monate sind reichlich durch dieses große Veräumnis getrübt worden. Abg. Fawick (Zentrum): Bei anderer trauriger Finanzlage müssen wir uns mit aller Wucht auf unsere kämpfende Kraft werfen. Die Parole muß sein: Arbeit. Die Arbeit, in den großen Werken vernünftig sozialisiert, muß die Grundlage für erprobte Leistungen geben. Ferner müssen wir sparen, nicht nur im Kleinen, sondern vor allem auch mit der Menschenkraft. Wir dürfen nichts vergeuden durch Müßiggang und Laster, namentlich nichts vergeuden an dem Leben unserer Mütter und Kinder, denn das ist unsere große Kapitalanlage. (Beifall im Zentrum.) Die Vermögenssteuer wird weiter auch auf Veranlassungen gelegt, die, wie z. B. wissenschaftliche Vorlesungen und Vorträge, bisher nicht zum Veranlassen gerechnet werden. (Zehr richtig!) Andererseits scheint der Verfasser des Entwurfs Berlin nicht genau zu kennen, sonst wären beispielsweise auch die Glücksspielflässe mit erfasst worden, von denen man doch nicht behaupten kann, daß sie der Erbauung dienen. (Beifall und Heiterkeit.) Auch über die anderen indirekten Steuern führte Redner aus, daß sie den Ausdruß noch lebhaft beschäftigen werden. Man hätte dem Volke rechtzeitig begreiflich machen müssen, daß es mit dem Schuldenmachen nicht getan ist, sondern, daß auch höhere Steuern unausweichlich waren. Für die Steuerwesen sollten fortan nur Beamte in Tragen kommen, die für ihre Aufgabe eine wissenschaftliche Vorbildung erhalten haben. Mit der Steuerpolitik müssen wir fortan unsere allerbeste soziale Politik treiben. Gerecht Besteuerung des Volkes sei das oberste soziale Gesetz. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Schiffer (Dem.) verteidigt sich gegen die Vorwürfe Meißners wegen Verschleppung der Steuervorlagen und der daraus entstandenen Schuld an den 72 Milliarden entgangenen großen Einnahmen.

Konflikte?

Mit Recht hat Herr Theodor Wolff am Montag in seinem „Berliner Tageblatt“ gesagt: „Die Schulfrage werde für die Zukunft wichtiger und größer als vielleicht irgend eine andere Frage sein.“ Auch wir sind der Überzeugung, daß der Tag nicht mehr ferne sein wird, wo die materiellen Fragen wieder etwas in den Hintergrund treten und die geistigen Fragen die Vorrangstellung einnehmen werden. Herr Theodor Wolff und seine Freunde von der Demokratie sind in großer Sorge, daß die Schule dem Zentrum ausgeliefert bleiben könne; voll Schmerz rief das „Berliner Tageblatt“ am Dienstag aus: „Die freie geistige Entwicklung, von der die ganze Zukunft des deutschen Volkes abhängt, soll verhindert werden.“ Es ist bezeichnend, daß sich in der Art und Weise, wie nunmehr in dieser Frage das Zentrum bekämpft wird, das demokratische „Berliner Tageblatt“ und die konservative „Kreuzzeitung“ treffen. Die „Kreuzzeitung“ kann allerdings nicht umhin, festzustellen, daß es dem Zentrum in den konfessionellen Fragen die Festigkeit nicht abstreifen will. Trotzdem stimmt das Blatt lustig in das Geschrei gegen das Zentrum ein

und nimmt nun plötzlich auch nicht einmal daran Anstoß, zustimmend einen Artikel aus der „Sozialist. Korrespondenz“ abzurufen, in dem behauptet wird, das Zentrum habe jetzt ganz offensichtlich die Pfaffenherrschaft in der Schule zu bereuigen. Es ist wirklich ergötzlich, so etwas nunmehr in der „Neuen Preuss. Zeitung“, die das Motto „Gott mit uns“ trägt, zu lesen, und die „Sozialistische Korrespondenz“ kann auf diese Unterstützung nicht wenig stolz sein. Das konservative Blatt meint, die Frage der konfessionellen Schule werde zu einem Handelsobjekt durch das Zentrum herabgedrückt. Und warum das? Lediglich deshalb, weil das Zentrum fest bleibt, eine Festigkeit einnimmt, die, wie wir ja gesehen haben, ihm nicht einmal die „Kreuzzeitung“ abstreifen kann. Solange in Preußen aus kulturellen Gründen Zentrum und konservative Partei — und das war des öfteren der Fall — zusammenhängen, hat man in der „Kreuzzeitung“ niemals etwas von „Handelsobjekt“ lesen können, wenn das Zentrum in wirtschaftlichen Fragen — in Preußen oft mehr als gut war — die eine oder andere Konzeption gemacht hat. Da war das alles ganz in Ordnung gewesen. Die „Kreuzzeitung“ sollte sich doch vielmehr freuen, daß die Zentrumspartei in dieser Prinzipienfrage selbstredend der Sozialdemokratie keinerlei Konzeptionen macht. Würde das der Fall sein, dann wäre allerdings wahrscheinlich — und zwar diesmal mit Recht — die „Kreuzzeitung“ die erste, die das Zentrum des Verrates an Prinzipien beschuldigen würde. Woraus sich also ergibt, daß das Zentrum stets von gewissen Zeiten angefeindet werden wird.

Ganz aus dem Häuschen sind, wie schon angedeutet, die Demokraten. Sie haben sich selbst aus der Regierung ausgegliedert und verdrängen nunmehr in erheblichem Maße, den Regierungsparteien schnüffelnd zwischen die Beine zu werfen. Wir haben für die Haltung der Demokraten in diesem Falle mehr Verständnis als für die der Konservativen. Denn die Demokraten waren im Reichskabinet gerade auf kulturellem Gebiete der Hemmschuh und zum Teil radikaler als die Sozialdemokraten. Um so schmerzlicher müssen sie es natürlich jetzt empfinden, daß Aussicht besteht, die Schulfrage ohne sie zu lösen. Etwas ansatzlos kann ja das „Berliner Tageblatt“ bereits. Das Blatt berichtet, der Zentrumsabgeordnete Rausbach und der sozialdemokratische Abgeordnete Heinrich Schulz, der jetzige Unterrichtssekretär im Reichsamt des Innern, hätten dem Kompromiß eine neue Form gegeben. Danach werde „die Begründung und Eröffnung von Privatschulen wesentlich eingeschränkt, so daß dem Klerus erspart wird, überall Klosterkirchen aufzumachen“. Das Blatt scheint sich immer noch etwas davon zu versprechen, wenn es seine Leser von den Klöstern gratulieren mag. Wir geben die Meldung des „Berliner Tageblatts“ natürlich mit allem Vorbehalt wieder. Aber mit dieser Form des Kompromisses könnte man sich einverstanden erklären, wenn die konfessionelle Schule als solche erhalten bleibt. Von der Frage der Begründung und Eröffnung von Privatschulen würden ja auch die bereits bestehenden Schulen, also auch die Klosterkirchen, die wir allerdings für ein außerordentlich wertvolles Gut halten, nicht berührt werden. Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt der sozialen Einheitschule, jedoch auf konfessioneller Grundlage. Wenn das garantiert wird, so würde ja auch der Tätigkeit der Klosterkirchen an sich nichts im Wege stehen. Sehr richtig bemerkt das „Berliner Tageblatt“, daß es sich also hier nur um eine Milderung mehr formaler Natur handele, die an dem Grundgedanken nichts verändere. Das über die einzelnen Freistaaten in der Schulfrage zu verhängende Sperrgesetz solle bestehen bleiben, danach würden also die einzelnen Freistaaten nichts an dem gegenwärtigen Stand der konfessionellen Schule ändern dürfen. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu: „Da ein Reichsschulgesetz, das endgültig diese Frage regeln soll, bei der Schwierigkeit der Materie voraussichtlich noch Jahre auf sich warten lassen dürfte, so würde das Zentrum mit der Annahme dieses Kompromisses in der Schulfrage einen Sieg auf der ganzen Linie erringen haben.“

Dem Zentrum ist es nicht um einen Sieg in dem Sinne zu tun, wie es das „Berliner Tageblatt“ meint, sondern es hält nur an seinen prinzipiellen Forderungen fest. In wirtschaftlicher Hinsicht sind wahrhaftig der Sozialdemokratie schon Konzeptionen genug gemacht worden. In dieser Frage aber kann das Zentrum gar nicht anders handeln. Denn es steht noch jeder Richtung zueinander auf dem Spiele. Das demokratische Blatt behauptet weiter, das Zentrum würde in Preußen, falls seinen Wünschen nicht entsprochen werden würde, zur Bildung eines selbständigen rheinischen, oberpfälzischen und sogar westfälischen Bundesstaates schreiten. In dieser Form ist die Meldung sicherlich unrichtig. Aber es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß man in Preußen vor einem schweren Konflikt steht. Von selbständigen Bundesstaaten, die aus dem Reichsverbande herausfallen würden, kann überhaupt keine Rede sein. Tatsächlich aber machen sich in der Schulfrage vor allem von der preussischen Sozialdemokratie aus starke Widerstände geltend. In Rheinland und Westfalen sowie in Obersachsen hat aber das überwiegend gläubige Volk keine Lust, sich auf religiösem Gebiete von der Sozialdemokratie und von der Demokratie vergewaltigen zu lassen. Das preussische Zentrum hat wahrhaftig sehr energisch gegen diejenigen Stellung genommen, die vor dem Friedensschlusse selbständige Republiken bilden wollten und es wird sich sicher auch heute noch mit aller Kraft gegen die Bestrebungen einsetzen, die sich gegen die Reichseinheit richten. Wenn jedoch auf religiösem Gebiete tatsächlich eine Vergewaltigung der Be-

wissen eintreten und dadurch der Freiheit im wahren Sinne des Wortes ins Gesicht geschlagen werden sollte, so wäre selbst, wenn es wollte, das Zentrum machtlos gegen eine Volksbewegung, die sich gegen eine solche Knechtung des Selbstbestimmungsrechtes der Eltern auflehnen würde. Es ist nun die große Frage, ob die Sozialdemokraten im Reiche und vor allem in Preußen der gewaltigen Hebe der demokratischen Presse sich beugen und es auf einen Konflikt ankommen lassen werden. Die Sozialdemokraten in Preußen würden sich damit selbst den Ast abfagen, auf dem sie sitzen. Selbst das „Berliner Tageblatt“ muß angeben, daß eine demokratisch-sozialdemokratische Regierung in Preußen mit nur etwa neun Stimmen Mehrheit sich ernstlich als nicht tragfähig erweisen würde. Wir können der Entwicklung der Dinge mit großer Ruhe entgegensehen. Das Zentrum tut bloß seine Pflicht und Schuldbigkeit, wenn es auf seinen Forderungen in der Schulfrage bestehen bleibt. Kommt es zum Konflikt, so würden sich Demokratie und Sozialdemokratie einer Situation gegenüber sehen, der sie wohl weniger gewachsen sein würden, als sie vielleicht heute selbst noch annehmen. Denn wir sind überzeugt, daß trotz der Haltung der „Kreuzzeitung“ dann auch der gläubige evangelische Volksteil nicht Gewehr bei Fuß stehen, sondern mit dem Zentrum für die christliche Schule kämpfen würde.

Das Kompromiß in der Schulfrage

Zustimmung des preussischen Kultusministers

Berlin, 9. Juli. In der Schulfrage kam es in Weimar zu einem Kompromiß, das, wie die Germania meint, keiner der Parteien reifliche Befriedigung bringt. Die Abmachungen gehen dahin, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiet der Schule nicht geändert werden sollen, daß also die konfessionelle Schule erhalten bleibt, der Religionsunterricht seinen Platz im Lehrplan behält, ohne jedoch obligatorisch zu sein. Die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen bleibt bestehen. Private Volksschulen sollen aber nur errichtet werden, wenn sonst konfessionelle Minderheiten nicht zu ihrem Rechte kommen sollten. Der Kultusminister stimmte der Vorlage zu.

Die Streikbewegung

Hannover, 8. Juli. Die gestern Abend auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden von dem Gefindel tatsächlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Waffe zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Leider sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Wie der „Dann. Kur.“ dazu weiter meldet, zog nach den Gewalttaten auf dem Ernst-August-Platz eine Anzahl von Spartakisten nach dem Schloß und holte dort Gefangene heraus. Hierauf zog die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen, und schließlich nach dem Militärgerichtsgelände, wo ihr die Wache die Waffen ohne Widerstand überließ. Hierauf erzwangen sie den Einlass und befreiten sämtliche Gefangene. Die Gerichtsakten wurden in der Hallerstraße verbrannt. Nunmehr begab sich der Mob nach dem Zellengefängnis, wo Reichswehrtruppen und Schupleute ihnen entgegentraten. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete erforderte. Schließlich ergriff die Menge die Flucht.

Hannover, 8. Juli. Ueber Hannover ist vom kommandierenden General der Belagerungszustand verhängt worden.

Hamburg, 8. Juli. Das Korps Lettow-Vorbeck teilt mit: Der zum 12. Juli hier eintreffende Kongress der Lagerretinassen Deutschlands findet nicht statt wegen des Belagerungszustandes. Die Abstimmung der Beamten und der Arbeiterschaft des Eisenbahnbezirkes Hamburg-Altona-Wilhelmsburg ergab vorläufig 6629 Stimmen für und 4392 Stimmen gegen die Streikaufnahme, 303 Stimmen sind ungültig. Die Stimmung gegen den allgemeinen Ausstand verstärkt sich.

Hamburg, 8. Juli. Die Vertreterversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm heute eine Entschliessung an, in der sie den im Auslande befindlichen Eisenbahnern dringend empfiehlt, ungehend die Arbeit wieder aufzunehmen und verlangt, daß der Hauptvorstand unverzüglich die Verhandlungen mit dem Ministerium aufnimmt. Die Betriebswerkstätten Ohlsdorf und die Betriebswerkstatt Hamburg haben heute die Arbeit niedergelegt. Bei der Urabstimmung wurden insgesamt 11750 Stimmen abgegeben, davon 6633 für und 4423 gegen den Streik; 105 Stimmen waren ungültig, 619 hatten sich der Stimme enthalten. Zur Herbeiführung der Arbeitsniederlegung bedarf es einer Dreiviertelmehrheit.

Berlin, 9. Juli. Das „Tageblatt“ meldet aus Hamburg: Durch Anordnung des Korps Lettow-Vorbeck sind für das Gebiet Groß-Hamburgs bei den Landgerichten Hamburg und Altona und beim Amtsgericht Darburg außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt worden, die sich mit der schnellen Aburteilung der Vergehen vom 24. und 25. Juni zu befassen haben.

Berlin, 9. Juli. Der Straßenbahnerstreik geht weiter. In vier Versammlungen beschlossen gestern die Straßenbahner und ebenso auch die Hochbahner, den Ausstand fortzusetzen bis zur Erringung des Sieges.